



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. März 2019
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

A 719 Anfrage Kottmann Raphael und Mit. über die Entwicklung, Überwachung und Bewältigung der aktuellen Waldschäden als Folge der anhaltenden Witterungsextreme / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 719 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.

Raphael Kottmann, vertreten durch Hanspeter Bucheli, hält an der Dringlichkeit fest.

Hanspeter Bucheli: Unserer Meinung nach ist diese Anfrage akut dringlich, weil sich der Wald nach dem Sturm „Burglind“ und dem Extremsommer 2018 in einer Ausnahmesituation befindet. Die Borkenkäferflüge haben bereits eingesetzt, grosse Nester sind befallen und die Fichten bedroht. Die Fichte ist mit 40 Prozent der am meisten vertretene Baum in unseren Wäldern. Die Anfrage erfüllt die Dringlichkeitskriterien. Aufgrund des öffentlichen Interesses und des politischen Gewichts ist eine Debatte in unserem Rat wichtig. Ein Aufschub bis zur Juni-Session entspricht einem Generationenintervall eines Borkenkäferflugs. Die Vermehrungsfluten der ausfliegenden Borkenkäfer im Frühling liegen bei guten Bedingungen – wie sie jetzt vorherrschen – etwa bei Faktor 10. Weiter haben die Abklärungen bei der zuständigen Dienststelle ergeben, dass das Vorgehen richtig ist; die Verwaltung begrüsst eine sofortige Thematisierung und eine rasche Beantwortung der vorliegenden Fragen. Ich halte ausdrücklich fest, dass es bei dieser Anfrage nicht in erster Linie um finanzielle Unterstützung oder um eine Klimadiskussion geht, sondern es soll rasch und einheitlich über eine Strategie und geeignete Massnahmen befunden werden können. Aus heutiger Sicht müssen wir leider davon ausgehen, dass es Sofortmassnahmen braucht, um der Situation Herr zu werden. Aus diesen Gründen halten wir an der Dringlichkeit fest.

Jost Troxler: Die SVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab. Wir anerkennen die massiven Probleme der Waldwirtschaft, aber die Anliegen der Anfrage sind sehr komplex. Die Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa), kann die Anfrage innert dieser kurzen Zeit weder ausführlich noch zielführend beantworten. Darum schlagen wir der Regierung vor, dass sie die Fragen zusammen mit Bruno Rösli, dem Leiter der Abteilung Wald, und einer Delegation des Luzerner Waldes an der nächsten RUEK-Sitzung vertieft diskutiert und nach Lösungen sucht, die sofort umgesetzt werden können.

Andreas Hofer: Es ist zu befürchten, dass keiner der heute eingereichten Vorstösse zum Thema Klima dringlich erklärt wird. Ich bitte Sie aber, bei der vorliegenden Anfrage eine Ausnahme zu machen, denn sie ist mehr als nur dringlich. Da die Borkenkäferpopulationen in unseren Wäldern förmlich explodieren, haben die Waldeigentümer ein Recht auf Antworten.

Ruedi Amrein: Die FDP-Fraktion unterstützt die Dringlichkeit. Es geht darum, die Leute zu informieren und zu sensibilisieren. Im Moment bestehen keine Absatzmöglichkeiten für die zu erwartende Menge an Holz. Um eine Borkenkäferinvasion zu vermeiden, müsste in den

betroffenen Wäldern aber geholzt werden. Im Meggerwald zeigen sich bereits die ersten Vorboten in Form von nadellosen oder grauen Baumstrünken. Wir müssen deshalb unsere Verantwortung wahrnehmen. Der Wald soll gut beobachtet und wenn nötig muss gehandelt werden. Die Förster werden an ihre Grenzen stossen und brauchen deshalb ein Signal des Kantons. Es können keine Vorfinanzierungen gesprochen werden, aber möglicherweise müssen wir Nachtragskredite sprechen, um die Lage bewältigen zu können. Als Liberaler fällt es mir nicht leicht, um Unterstützung zu bitten, aber ich betrachte es in diesem Fall als eine Investition in die Zukunft.

Josef Dissler: Der Borkenkäfer vermehrt sich schneller, als wir denken. Jost Troxler hat gefordert, dass die RUEK zusammen mit dem Departementsvorsteher und Bruno Rösli über diese Fragen diskutiert. Natürlich können wir in der RUEK auf das Thema zurückkommen, die nächste RUEK-Sitzung findet aber erst im Mai statt. Zudem hat die Kommission nur eine vorberatende Funktion und kann keine Entscheide fällen. Man kann wohl in der RUEK über das Thema diskutieren, trotzdem bin ich der Meinung, dass wir der Dringlichkeit zustimmen sollten. Ich bitte auch die SVP, ihren Entscheid nochmals zu überdenken und die Anfrage dringlich zu erklären.

Hasan Candan: Die SP-Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu. Es handelt sich hier nur um eine Anfrage, an der Situation ändert sich auch mit ihrer Beantwortung nichts. Die CVP und die FDP sollten in den nächsten Jahren ihre Politik ändern, denn sie hätten dem Thema Wald schon früher Beachtung schenken sollen, damit es gar nicht erst zu solchen Schäden hätte kommen können. Dazu hätten sie aber auch die nötigen Finanzen sprechen müssen.

Jost Troxler: Josef Dissler hat uns überzeugt, die SVP stimmt der Dringlichkeit zu. Ich bin davon ausgegangen, dass bereits Anfang April eine RUEK-Sitzung stattfindet. Wir lassen uns gerne informieren, aber Sie sollten sich nicht zu viel Hoffnung machen, denn hier handelt es sich nur um eine Anfrage.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Das Thema Wald wird uns immer wieder beschäftigen, auch in Zukunft. Wir haben die Dringlichkeit der Anfrage deshalb abgelehnt, weil die Klimadebatte auch Auswirkungen auf den Wald hat. Unserer Meinung nach fällt diese Anfrage ebenfalls unter das Thema Klima. Die Erwartungshaltung an die Anfrage ist viel zu hoch. Zwar werden wir die Anfrage beantworten, aber damit haben wir das Problem noch nicht gelöst. Auch mit der Behandlung der Anfrage in der RUEK wird das Problem nicht gelöst, denn die betroffenen Förster sind in der RUEK nicht vertreten. Unserer Meinung nach ist eine gute Zusammenarbeit der Schreinereien, der Förster der Regionalen Organisationen (RO) und der Förster der Dienststelle Lawa wichtig. In erster Linie ist also die Dienststelle Lawa gefordert. Die Situation wird dadurch erschwert, dass die Sägereien selber volle Lager haben, obwohl infolge des Sturms „Burglind“ noch Holz aus dem Wald abgeführt werden sollte. An der Präsidentenkonferenz wurden die rechtlichen, die finanziellen und die betrieblichen Massnahmen diskutiert. Wir sind deshalb im Bild und werden einen Beitrag leisten. Die Situation zeigt sich aber je nach Region unterschiedlich, einzelne Wälder im Kanton sind überhaupt nicht betroffen. Wenn Sie die Anfrage dringlich erklären, erwarten Sie bitte keine Wunder. Wir müssen die entsprechenden Massnahmen zusammen mit allen Betroffenen erarbeiten und umsetzen.

Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 98 zu 11 Stimmen zu.

Raphael Kottmann ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Raphael Kottmann: In der Antwort zu Frage 1 äussert sich die Regierung primär zu organisatorischen Aspekten wie den Zuständigkeiten und der Verantwortlichkeit. Die Frage nach einer effizienten Überwachung bleibt unbeantwortet. Ich hätte aber von der Regierung eine Risikoabschätzung der akuten Lage erwartet. Die betroffenen Waldeigentümer wären froh darum gewesen. Die Antwort zu Frage 2 ist gehaltvoller, liefert gute Ansätze, benennt Prioritäten und gibt Empfehlungen ab, und die Antworten zu den Fragen 4 bis 6 sind soweit ebenfalls in Ordnung. Die Antworten zu den Fragen 3 und 6 fallen aber ziemlich ernüchternd aus. In der Antwort zu Frage 1 wird das Problem nicht in der gesamten Dimension benannt,

und es wird keine umfassende Risikobeurteilung vorgenommen. Insofern wird der vorhandene Mittelbedarf auch nicht aufgedeckt. Mir ist es vollkommen bewusst, dass die Waldeigentümer ein gewisses unternehmerisches Risiko tragen. Die Selbstverantwortung ist eminent wichtig, und die RO wollen nicht vorschnell zu Bittstellern werden. Es handelt sich aber um eine absolute Sondersituation, in der wir uns befinden. In diesem Zusammenhang frage ich mich, ob alle Naturereignisse gleichbehandelt werden. Im Bereich der Gewässer fährt der Kanton praktisch eine Null-Prozent-Risiko-Strategie; fast jedes Seitengewässer wird planerisch ausgeschieden, und viele Kosten werden generiert. Deshalb könnte der Kanton beim vorliegenden Sonderproblem im Kontext des Naturguts Wald niederschwellig, gezielt und effizient reagieren. Das Ausmass ist so gross, dass zur Bewältigung der aktuellen Krisensituation, aber auch im Kontext einer langfristigen Strategie im Zusammenhang mit der Waldverjüngung ein Handeln angebracht wäre. Gerade Verklausulierungen in Bachläufen verursachen Folgekosten, die schlussendlich der Steuerzahler berappen muss. Ich hoffe, dass die Regierung den Wink für eine Gleichbehandlung verstanden hat.

Josef Schuler: Die Antwort des Regierungsrates ist korrekt. Da der Borkenkäfer bereits fliegt, ist es fast schon zu spät, um Massnahmen zu ergreifen. Aus ökologischer Sicht ist ein Borkenkäferbefall kein Problem für den Wald. Der Wald regeneriert sich selber, wie dies auch durch verschiedene Studien belegt wurde. Nach einer gewissen Zeit bildet sich die Population wieder zurück. Die Nachfolgeflächen sind meistens viel gesünder als die jetzigen Wälder. Für den Wald ist der Borkenkäfer also kein Problem. Die Waldbesitzer stehen aber vor einem Problem, weil sie möglichst bald die grossen Bäume in den Handel bringen möchten. Der Holzmarkt ist jedoch gesättigt, zurzeit hat es zu viel Holz auf dem Markt. Eigentlich müsste man jetzt also kein Holz schlagen, sondern es stehen lassen. Es wäre aber wichtig, Mischwald zu pflanzen. Mit seinem Förderprogramm unterstützt der Bund die Waldbesitzer. Auf diese Weise erzielen die Waldbesitzer aber nicht den erwarteten Gewinn. Deshalb sollten Waldbesitzer, die ihren Wald nachhaltig pflegen, auch zukünftig in ihrer Arbeit unterstützt werden. Schlussendlich profitieren wir alle vom Wald.

Jost Troxler: Die Antworten des Regierungsrates sind ausführlich und korrekt. Für die Fachleute der Waldwirtschaft ergeben sich daraus aber wohl keine neuen Erkenntnisse. Die Antworten helfen nicht bei der Bewältigung des aktuellen grossen Problems der Luzerner Waldwirtschaft, das habe ich ja bereits gestern anlässlich der Beschlussfassung über die Dringlichkeit zu erklären versucht. Nun müssen alle Akteure nochmals über die Bücher gehen und möglichst rasch gemeinsame Lösungen erarbeiten.

Ruedi Amrein: Die Antwort des Regierungsrates ist in etwa so ausgefallen, wie ich es erwartet habe. Der Regierungsrat erklärt, was im Schutzwald unternommen wird. Das Problem sind aber die Erholungswälder. Es gibt verschiedene Szenarien. Angenommen der Borkenkäfer fliegt bereits, aber es kommt zu einer Nässeperiode, sieht das Problem schon wieder ganz anders aus. Es können also nicht einfach Mittel gesprochen werden, die dann vielleicht gar nicht benötigt werden. Zuerst müssen die Förster und die Waldeigentümer handeln. Nach Möglichkeit sollte aber vermieden werden, dass die Erholungswälder nur noch aus grauen, kahlen Baumstrünken bestehen. Mir ist nicht klar, ob die Bevölkerung die jetzige Situation einfach als ein Naturereignis hinnimmt. Aus der Antwort des Regierungsrates wird nicht ersichtlich, ob die betroffenen Waldbesitzer allenfalls mit einer finanziellen Unterstützung rechnen können. Natürlich müssten dazu entsprechende Nachtragskredite gesprochen werden, darüber liesse sich aber diskutieren. Im Moment können wir aber nicht mehr tun, denn alle anderen Massnahmen sind von langfristiger Natur.

Hasan Candan: Ruedi Amrein spricht von Nachtragskrediten. Das Parlament hat nun einmal den Weg mit den RO gewählt; kaum treten aber Probleme auf, wird vom Kanton Geld verlangt. Auch in der Waldwirtschaft bräuchte es Nachhaltigkeit. Nicht grundlos sind so viele Bäume dem Sturm zum Opfer gefallen. Bei einer nachhaltigen Bewirtschaftung wird der Wald so gestaltet, dass er einem Sturm standhalten kann. Wir können schon darüber diskutieren, wie das Problem angegangen wird. Trotzdem müssen auch die RO in die Verantwortung genommen werden. Der Wald muss den Anforderungen des Klimawandels standhalten können.

Thomas Grüter: Laut Josef Schuler stellt der Borkenkäfer für den Wald kein Problem dar. Die Schäden im Wald lassen aber auf das Gegenteil schliessen. Diesen Winter musste ich nur 50 Meter vom Wald entfernt 200 Gravensteiner-Bäume fällen, weil diese vom Borkenkäfer befallen waren. Es ist wichtig, dass nun die richtigen Massnahmen ergriffen werden, um künftig weiteren Schäden entgegenzuwirken.

Josef Dissler: Vielleicht kann ich als Präsident einer RO noch etwas zur Klärung beitragen. Ich habe vor 14 Jahren mit einer Motion den Anstoss dazu gegeben, dass die RO überhaupt gegründet werden konnten. Josef Schuler widerspricht sich in seinem Votum selber. Der Wald hat drei Funktionen: die Nutz-, die Schutz- und die Wohlfahrtsfunktion. Die Schutzfunktion ist mit den Schutzwäldern abgedeckt. Bei der Nutzfunktion gibt es grosse Einbussen. Im Kanton Luzern gehört der Wald insgesamt 12 000 Waldbesitzern, und es handelt sich nicht nur um Landwirtschaftswald. Das Problem liegt bei der Wohlfahrtsfunktion. Wir möchten auch nicht alle Biker und Wanderer in den Wäldern. Wer ist verantwortlich und kommt für die Kosten auf, wenn aufgrund solcher Naturereignisse Unfälle geschehen? Diese Frage ist nicht gelöst. Zu den RO: Natürlich haben wir die RO forciert. Wir haben aber Leistungsaufträge mit dem Kanton abgeschlossen. Darin wird festgehalten, welche Leistungen die RO-Förster zu erbringen haben und wie sie abgegolten werden. Durch den Borkenkäferbefall erhöht sich die Arbeit bei den Förstern, aber die entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen sind weder beim Kanton noch bei den RO vorhanden. Noch etwas zur Nachhaltigkeit: Im Kanton Luzern hat es viele Fichtenwälder. Vor 70 bis 100 Jahren wurden zum Schutz praktisch nur reine Fichtenwälder aufgeforstet. Die Fichte ist auf dem Markt nach wie vor gefragt, trotzdem versuchen wir inzwischen, den Wald vielfältiger zu gestalten.

Raphael Kottmann: Beim Thema Wald geht es schon lange nicht mehr um die Gewinnoptimierung oder -maximierung. Bei meiner Anfrage geht es um die aktuelle Krisensituation und nicht um die langfristige Planung. Laut Hasan Candan sind die Waldeigentümer Schuld am Sturm „Burglind“, dem trockenen Sommer und dem Klimawandel. Dabei handelt es sich aber um äussere Einflüsse, für die weder die Waldbesitzer noch eine Organisationsform, also die RO, verantwortlich gemacht werden können. Ich verstehe nicht, warum der Kanton bei einigen Naturgefahren das Geld mit beiden Händen ausgibt, beim Wald aber sehr zurückhaltend ist.

Josef Schuler: Es gibt nicht nur einen Borkenkäfer, sondern jeder Baum hat seinen eigenen Käfer. Es erstaunt mich deshalb, dass Apfelbäume befallen werden konnten. Es gibt auch Holz, das in den Wäldern stehen gelassen werden darf. So zieht Totholz andere Tiere an, beispielsweise die Feinde des Borkenkäfers. Damit die Waldbesitzer den Wald entsprechend pflegen, sollten sie auch die entsprechende finanzielle Unterstützung erhalten.

Monique Frey: Hier handelt es sich um ein typisches Beispiel einer Folge des Klimawandels. Da es viel zu warm ist, können sich Schädlinge wie der Borkenkäfer sehr gut vermehren. Da es viel zu trocken ist, sind die Fichten geschwächt, und der Borkenkäfer hat ein leichtes Spiel. Die vielen Stürme sind ebenfalls auf den Klimawandel zurückzuführen. Zudem ist im Kanton Luzern die Ammoniakbelastung viel zu hoch, was dem Wald auch nicht gut tut. Raphael Kottmann meinte, dass die Waldbesitzer nicht für den Klimawandel verantwortlich sind. Es ist aber unsere Politik, die dafür sorgen kann, dass es dem Wald in Zukunft besser geht. Dabei sollen wir uns nicht nur auf die Bewirtschaftung konzentrieren, sondern auch auf Massnahmen gegen den Klimawandel. Dazu brauchen wir mehr finanzielle Mittel. Ich möchte deshalb von den Bürgerlichen ein klares Bekenntnis, dass der Kanton mehr Einnahmen braucht. Im Juni haben wir bei der Beratung der Steuergesetzrevision die Möglichkeit, entsprechende Korrekturen vorzunehmen. Es gibt verschiedenste Möglichkeiten, um den Wald gesunden zu lassen; dazu gehört auch, weniger Klimagase auszustossen.

Andreas Hofer: Die Grünen standen der Gründung der RO immer sehr kritisch gegenüber. Ich habe unzählige Debatten erlebt, als die Revierförster zum Teil sogar ganz abgeschafft werden sollten oder die Abteilung Wald reduziert werden sollte. Wir Grünen haben uns immer dagegen ausgesprochen. Nun ist es zu einem Schadenfall im Wald gekommen, und

die Waldeigentümer kommen auf den Kanton zu, um Unterstützung zu erhalten. Das ist nicht ganz redlich. Die Grünen sind immer für einen nachhaltigen und präventiven Schutz unserer Wälder eingestanden, und zwar nicht nur bei einem Schadenfall. Ich hoffe, dass alle, die sich nun für den Wald eingesetzt haben, sich auch bei klimarelevanten Vorstössen dafür einsetzen, unseren Wald nachhaltig zu schützen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Es geht hier um ein komplexes Thema, das in einem Gesamtzusammenhang mit dem Klima steht. Während dieser Legislatur haben wir viel über den Wald gesprochen und auch viel bewirkt. Der Kanton Luzern und die Holzbranche sind sehr gut aufgestellt. Mit dem neuen Waldgesetz haben wir betrieblich und hoheitlich mit den RO eine klare Aufgabenteilung geschaffen. Die Branche hat mit der Gründung der Lignum Holzwirtschaft Zentralschweiz organisatorisch einen Schritt nach vorn gemacht. In den Leistungsvereinbarungen mit den RO haben wir festgehalten, was abgegolten wird und was auf der Fläche zu tun ist. Ich habe gestern bei der Beschlussfassung über die Dringlichkeit erklärt, dass wir mit der Beantwortung der Anfrage das Problem nicht lösen können, sondern dass es eine pragmatische Zusammenarbeit braucht. So ist auch die Antwort zu Frage 1 zu verstehen. Zusammen können wir es schaffen, auch wenn die Situation schwierig ist, da der Holzmarkt gesättigt ist. Zu den Finanzen: Wir finanzieren prioritär den Schutzwald, weil er eine Funktion zum Schutz unserer Bevölkerung und Infrastruktur hat. Im Nutzwald finanzieren wir über die Leistungsvereinbarung gewisse Überwachungsaufgaben. Dabei legt der Waldeigentümer seine Bekämpfungsmassnahmen fest. Die Bezahlung der Aufforstung funktioniert. Für das Jahr 2019 verfügen wir über genügend Gelder, um solche Aufforstungen vorzunehmen. Im Herbst erarbeiten wir zusammen mit dem Bund die nächsten Tranchen für die Programmperiode 2020–2024. Bei Naturgefahren geben wir das Geld nicht einfach mit beiden Händen aus, wie es Raphael Kottmann gesagt hat. Bei der Diskussion zum Waldgesetz haben wir festgehalten, dass die Naturgefahren und der Wald nicht einfach gleichgestellt werden können. Mein Fazit: Am 4. April wird zusammen mit der Branche und den Verbänden die nächste Runde eingeläutet, wo wir über die Schnittholzproduktion sprechen, um diese erhöhen zu können. Das bindet bei den Sägereien Kapital und kann für sie eine Chance, aber auch ein unternehmerisches Risiko sein. Wir werden darüber diskutieren, was in den unterschiedlich befallenen Gebieten bezüglich Überwachung zusätzlich von den RO übernommen werden kann. Damit wir allenfalls über eine Erhöhung der Überwachungsintensität bei der Dienststelle Lawa (hoheitlich) und den RO (betrieblich) befinden können, braucht es zuerst eine Einschätzung. Sie können davon ausgehen, dass wir uns dieser Herausforderung stellen werden.